

Geschäftsführung:
Fachdienst Rat und Bürgermeister

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid

am 25.09.2023

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Rates:

Bürgermeister Sebastian Wagemeyer

von der CDU-Fraktion

Ratsfrau Gesthimani Demirtzoglou

Ratsherr Michael Dregger

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsfrau Dr. Antje Heider

Ratsherr Daniel Kahler

Ratsherr Lucas Karich

Ratsfrau Susanne Mewes

Ratsherr Michael Meyer

Ratsfrau Ursula Meyer

Ratsherr Björn Schöttler

Ratsherr Ralf Schwarzkopf MdL

Ratsfrau Elisabeth Siebensohn

Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting

Ratsherr Christoph Weiland

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Manuel Bunge-Altenberg

Ratsherr Gordan Dudas MdL

Ratsherr Fabian Ferber

Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Dirk Franke

Ratsherr Dominik Hass

Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Karin Hertes
Ratsfrau Nicole Schulte
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek
Ratsherr Michael Thielicke
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Ilona Bartocha
Ratsfrau Julia Decker
Ratsherr Andreas Stach
Ratsfrau Tanja Tschöke

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Brunhilde Gromball
Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Dominik Petereit

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Otto Ersching
Ratsherr Josef Filippek

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Claudius Bartsch
Ratsherr Stephan Haase

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Fabian Kessler
Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus
Herr Stephan Theo Hammer
Herr Frank Kusmirtz
Herr Marcus Müller
Herr Matthias Reuver
Frau Petra Noack
Herr Dirk Aengeneyndt

anwesend bis zum Ende der
öffentlichen Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der CDU-Fraktion

Ratsherr Norbert Adam

Ratsherr Mert Can Cetin

Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Jan Eggermann

Ratsherr Steffen Kriegel

Ratsherr Thomas Kruber

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Peter Oettinghaus

Beginn: 17:02 Uhr

Ende: 18:58 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Berichts- und Beschlusskontrolle

Der Rat der Stadt Lüdenscheid nimmt die Übersichten zur Kenntnis.

3. Aktuelle Berichterstattung zur Sperrung A45 und ihre Folgen

Bürgermeister Wagemeyer berichtet zunächst, dass die zuständige Mitarbeiterin des Fachdienstes Verkehrsplanung und -lenkung die Ergebnisse, der im August erfolgten Messungen, in der nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses im Detail vorstellen würde.

Die Zahlen hätten aufgezeigt, dass sich der Verkehr aufgrund der nicht mehr so engmaschig durchgeführten Kontrollen wieder erhöht hätte. Allerdings lägen die Zahlen im Mittel immer noch 55 Prozent unter denen vor dem Durchfahrtsverbot. Der Lkw-Verkehr sei deutlich weniger geworden, dafür hätte der Pkw-Verkehr wieder zugenommen.

Weitere Messungen würden erfolgen.

Auch würden weiterhin Kontrollen durchgeführt. Hierfür hätte der Märkische Kreis zusätzliches Personal erhalten. Des Weiteren hätte das BALM zwischenzeitlich Kontrollen durchgeführt.

Am 05.10.2023 würde der „Spatenstich“ für den Neubau der Brücke erfolgen. Hierzu würde das BMDV und die Autobahn GmbH einladen. An dem Termin würden der Bundesverkehrsminister und der neue Geschäftsführer der Autobahn GmbH teilnehmen.

Im Anschluss ergeben sich keine Wortmeldungen.

4. Gesamtabschluss 2022 - größenabhängige Befreiung
Vorlage: 143/2023

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf die Aufstellung des Gesamtabschlusses zum Stichtag 31.12.2022 wird gem. § 116a GO NRW verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40

5. Sachstand und Perspektiven der Stadtteil- und Quartiersarbeit in Lüdenscheid
Vorlage: 148/2023

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das vorliegende Rahmenkonzept zur Förderung von Stadtteil- und Quartiersarbeit im Stadtgebiet Lüdenscheid im Rahmen der zur Verfügung stehenden Umsetzungsressourcen in den nächsten Jahren weiter umzusetzen und eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Netzwerkarbeit sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40

6. Kooperationsvertrag zwischen den Schulen und dem Kulturhaus auf das gesamte Stadtgebiet ausweiten und die Hundertwasser-Schule aus Altena als Pilotprojekt aufnehmen
Vorlage: 138/2023

In einer persönlichen Erklärung gegenüber Bürgermeister Wagemeyer erklärt sich Ratsfrau Tadday-Schlichting für befähigt und verlässt zu diesem Punkt den Sitzungssaal.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt, den Kooperationsvertrag „Die gemischte Tüte des Kulturhaus Lüdenscheid; Offensive in der kulturellen Bildung: Mit der ganzen Schule ins Kulturhaus!“ auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten.

2. Der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt, den Kooperationsvertrag „Die gemischte Tüte des Kulturhaus Lüdenscheid; Offensive in der kulturellen Bildung: Mit der ganzen Schule ins Kulturhaus!“ als Pilotprojekt auf die Hundertwasser Schule in Altena auszuweiten. Diese Kooperation soll zunächst für zwei Spielzeiten eingegangen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
befangen: 1

7. Erstellung eines Hitzeaktionsplans Vorlage: 134/2023

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst bei zwei Gegenstimmen der Ratsherren Bartsch und Haase folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt einen Hitzeaktionsplan für die Stadt Lüdenscheid in Auftrag zu geben, sobald die Mittel dafür im Haushalt freigegeben werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 2

8. Anpassung der Kriterien für den Verkauf der Grundstücke "Am Stadtpark" und zukünftiger Flächen Vorlage: 153/2023

8.1. Anpassung der Kriterien für den Verkauf der Grundstücke "Am Stadtpark" und zukünftiger Flächen/1. Ergänzung Vorlage: 153/2023/1

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst bei zwei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE. folgenden

Beschluss:

Den Änderungen der Kriterien für den Verkauf der Grundstücke im Baugebiet „Am Stadtpark“ und zukünftiger Flächen wird zu den in der Begründung genannten Bedingungen zugestimmt.

Ergänzungsvorlage: Der Bau- und Verkehrsausschuss empfiehlt neben dem Passivhausstandard auch den Bau eines Energieeffizienzhauses mit dem Standard 40 oder besser zuzulassen und die Priorisierung kinderreicher Familien beizubehalten. Weitere Kriterien sollen bis zum 01.03.2024 nicht verändert werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 2

9. Verkauf von Erbbaugrundstücken an den jeweiligen Erbbauberechtigten
I. weitere Aussetzung/Aufhebung der Ratsbeschlüsse
II. Verfahren bei kurzfristig ablaufenden Erbbaurechtsverträgen
Vorlage: 130/2023

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

- I. Die bisherigen Beschlüsse zum Verkauf von Erbbaugrundstücken werden aufgehoben. Die Verwaltung wird beauftragt, ein neues Konzept zur Verlängerungs- und Verkaufsstrategie von Erbbaurechten und Erbbaugrundstücken vorzulegen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind Verkäufe nicht vorgesehen.
- II. Ausnahmen gelten für die Grundstücke, deren Erbbaurechte bis Mitte 2027 ablaufen. Diese dürfen zu den in der Begründung genannten Bedingungen verkauft werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40

10. Satzung der Stadt Lüdenscheid zur Gestaltung der unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke, der Begrünung baulicher Anlagen und der Begrünung sonstiger innerstädtischer Freiflächen vom XX.XX.2023
Vorlage: 135/2023

10.1. Satzung der Stadt Lüdenscheid zur Gestaltung der unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke, der Begrünung baulicher Anlagen und der Begrünung sonstiger innerstädtischer Freiflächen vom XX.XX.2023/1.
Ergänzung
Vorlage: 135/2023/1

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Ausschüsse für Umwelt und Klimaschutz und der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfehlen dem Rat, die im Betreff genannte Satzung zu beschließen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt die in der Anlage beigefügte „Satzung der Stadt Lüdenscheid zur Gestaltung der unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke, der Begrünung baulicher Anlagen und der Begrünung sonstiger innerstädtischer Freiflächen (Grünsatzung).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40

11. Errichtung eines Bestattungswaldes/ Projekt "RUHEBAUM Schloss Neuenhof"
Vorlage: 194/2023

Bürgermeister Wagemeyer unterbricht die Sitzung in der Zeit von 17:19 Uhr bis 17:26 Uhr für einen Wortbeitrag der anwesenden Vertretungen der evangelischen und katholischen Kirche.

Herr Trester, Geschäftsführer der evangelischen Friedhofsverwaltung, führt zunächst aus, dass er erst kürzlich durch die Presse erfahren habe, dass die Stadt Lüdenscheid bereit sei, die Trägerschaft für den Bestattungswald zu übernehmen.

Er persönlich sei im September 2022 gefragt worden, ob die evangelische Kirche die Trägerschaft übernehmen könnte. Dies sei unter anderem mit dem Hinweis auf die Konkurrenz-situation verneint worden, da es in der Region circa 40 weitere Friedhofsträger geben würde.

Die katholische Kirchengemeinde sei nicht involviert gewesen und hätte daher keine Stellungnahme abgeben können.

Am vergangenen Donnerstag hätten die Kirchengemeinden Bürgermeister Wagemeyer ihren Standpunkt dargelegt. Die kirchlichen Träger hielten die Errichtung des Bestattungswaldes, insbesondere auch für die Stadt Lüdenscheid selbst, für kompliziert, da alle vorhandenen Träger bereits Überhangsflächen auf den Friedhöfen aufgrund der geänderten Bestattungskultur hätten.

Bei dem Bestattungswesen handele es sich um eine hohe öffentliche Aufgabe, die nicht in private Hände gegeben werden sollte. Es sei vom Gesetzgeber immer gewollt gewesen, dass das Bestattungswesen unter Berücksichtigung des Kommunalabgabegesetzes und ohne Gewinnerzielungsabsicht hoheitlich betrieben würde. Die kirchlichen Träger dürften nur die Gebühren einnehmen, die für den Friedhofsbetrieb benötigt würden.

Bereits jetzt hätte die evangelische Friedhofsverwaltung durch die Errichtung des Ruheforsts in Balve-Wocklum 30 Prozent Einnahmeverluste. Ein Ausgleich sei nur über Gebührenerhöhungen möglich. Darüber hinaus müssten auch Gewerke, zum Beispiel Steinmetze, Gärtner und Floristen, mit Verlusten rechnen.

Bei einer Friedhofsschließung müsse die Verkehrssicherheit für diese Friedhofsgrundstücke weitere fünfzig Jahre gewährleistet werden.

Friedhöfe in Brüninghausen, Brügge, Oberrahmede und unter Umständen auch der unter Denkmalschutz gestellte Friedhof in der Mathildenstraße seien dann nicht mehr zu halten und müssten geschlossen werden.

Er bäte den Rat der Stadt Lüdenscheid darum, diese Aspekte bei der Abstimmung zu bedenken.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erkundigt sich Bürgermeister Wagemeyer, ob es Nachfragen geben würde.

Ratsherr Voß möchte von Herrn Trester wissen, worauf sich die 30 Prozent Verluste aufgrund des Ruheforsts in Balve-Wocklum beziehen würden. Herr Trester erwidert, dass diese Verluste auf den Friedhöfen in Werdohl und Neuenrade entstanden seien.

Ratsherr Fröhling teilt mit, dass ihn der Zeitpunkt der Diskussion überraschen würde, da dieses Thema bereits seit einem Jahr bekannt sei.

Die Anmerkungen von Herrn Trester seien nachvollziehbar. Allerdings hätte sich die Bestattungskultur in den vergangenen Jahren/Jahrzehnten geändert und die Nachfrage nach alternativen Konzepten sei vorhanden.

Er halte es für besser, ein solches Angebot auf Lüdenscheider Stadtgebiet anstatt in Olpe oder Hagen für die Bürger*innen vorzuhalten.

Ratsherr Hellwig führt aus, dass durch ein zusätzliches Betreiberangebot die Zahl der Bestattungen auf den städtischen und kirchlichen Friedhöfen zurückgehen würden. Die Gebühren würden anhand der Kosten für den Friedhof geteilt durch die Anzahl der Beerdigungen pro Jahr kalkuliert.

Dies führe dazu, dass Bürger*innen, die auf einem kommunalen oder kirchlichen Friedhof bestattet werden wollten, stärker belastet würden. Er hielte dies in seiner Eigenschaft als Ratsherr gegenüber den Bürger*innen für nicht vertretbar.

Ratsherr Filippke teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen würde. Das Bestattungswesen sollte weiterhin gemeinnützig sein. Seitens des Gesetzgebers sei ausdrücklich geregelt, dass nur Kirchen und Behörden diese Aufgabe übernehmen sollten. Die Aufgabenübertragung durch die Stadt Lüdenscheid an einen freien Träger würde seine Fraktion ablehnen. Die Stadt Lüdenscheid könnte den Bestattungswald auch selber betreiben.

Ratsherr Voß erkundigt sich bei Herrn Trester, in welcher Höhe die Kosten bei einem Einbruch von 30 Prozent für die Bürger*innen für Sarg- und Urnenbestattungen steigen würden.

Herr Trester erwidert, dass die Kostensteigerung 30 Prozent betragen würde.

Ratsherr Holzrichter weist unter anderem darauf hin, dass man den Bürger*innen der Stadt mit der Errichtung des Bestattungswaldes mehr Auswahl und Vielfalt bieten würde. Die Stadt Lüdenscheid würde die Kirchen vor dem wirtschaftlichen Druck nicht schützen können.

Bürgermeister Wagemeyer unterbricht die Sitzung in der Zeit von 17:36 Uhr bis 17:38 Uhr, um Herrn Trester die Möglichkeit für eine weitere Wortmeldung zu geben.

Herr Trester führt aus, dass die evangelische Kirche bereits seit zehn Jahren Baumbestattungen anbieten würde. Er sehe daher die Notwendigkeit für einen zusätzlichen Bestattungswald nicht.

Des Weiteren erkundigt er sich, wie das Jagdrecht in einem Bestattungswald geregelt würde. Auf diese Frage antwortet Ratsherr Voß, dass dieser Bereich der Jagd entnommen und somit ein Rückzugsgebiet für das Wild würde.

Bürgermeister Wagemeyer eröffnet erneut die Sitzung und lässt, da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, über die Vorlage abstimmen.

Abschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid bei vier Gegenstimmen der Ratsherren Hellwig, Filippke, Ersching und Bartsch folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, die für die Umsetzung des Projektes „RUHEBAUM Schloss Neuenhof“ (Errichtung eines Bestattungswaldes) notwendigen Schritte einzuleiten. Insbesondere sind neben den bestattungsrechtlichen Aspekten auch die genehmigungsrechtlichen, bauplanungsrechtlichen sowie natur- und wasserrechtlichen Aspekte zu prüfen.

Parallel werden die bereits Ende 2022 begonnenen Gespräche mit dem zukünftigen Betreiber RUHEBAUM fortgesetzt mit der Zielsetzung, dass in den Anlagen gekennzeichnete Areal zukünftig als Bestattungswald einer Nutzung zuzuführen. Die regelmäßige Berichterstattung erfolgt bis zur Fertigstellung im Rahmen stattfindender Ratssitzungen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	4

12. Glasfaserausbau im Rahmen der "Graue Flecken Förderung"
Vorlage: 199/2023

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachfolgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt, den Märkischen Kreis zu beauftragen, einen Förderantrag entsprechend der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ (Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0) für die förderfähigen Adressen in der Stadt Lüdenscheid zu stellen sowie den erforderlichen Eigenanteil im Haushalt 2025 zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40

13. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Errichtung einer Außenstelle des Abendgymnasiums der Stadt Hagen in der Stadt Lüdenscheid; hier: Kündigung
Vorlage: 200/2023

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Rat stimmt der außerordentlichen Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Errichtung einer Außenstelle des Abendgymnasiums der Stadt Hagen in der Stadt Lüdenscheid zum 31.10.2023 zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40

14. Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“
Vorlage: 201/2023

Fachbereichsleiter Reuver teilt zunächst Einzelheiten zu der vorgelegten Vorlage mit.

Im Anschluss stellt Frau Wortmann, KKW Architekten, die Planungen für die Jahnhalle vor. *Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.*

In der sich anschließenden Aussprache teilt Rats Herr Kahler unter anderem mit, dass er das vorgestellte Konzept für die Jahnhalle bei einer guten Haushaltslage der Stadt Lüdenscheid durchaus positiv bewerten würde. Aufgrund der Berichterstattungen des Kämmerers zu den finanziellen Problemen der Stadt Lüdenscheid würde er sich allerdings gegen eine Sanierung der Jahnhalle aussprechen. Im Übrigen würde Poetryslam, Kleinkunstbühne etc. bereits heute schon unter anderem im Kulturhaus/in der Stadtbücherei angeboten.

Er persönlich halte es für verantwortungslos, in der momentanen Situation für die Sanierung der Jahnhalle einen städtischen Eigenanteil zu tragen, der zum jetzigen Zeitpunkt mit 500.000 Euro beziffert würde und der möglicherweise noch steigen würde.

Dies hielte er auch im Hinblick auf die Turnhalle in seinem Wahlbezirk am Dickenberg, in die es aufgrund des undichten Daches im wieder reinregne, und die unter Umständen für den Sport geschlossen und als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden müsse, für nicht vertretbar. Darüber hinaus seien in der Vergangenheit alle Ideen für die Jahnhalle aufgrund des baulichen Zustand und der damit verbundenen Kosten verworfen worden. Er werde dem Beschlussvorschlag daher nicht zustimmen.

Ratsherr Hass spricht sich dafür aus, einzelne Stadtteile sowie Projekte nicht gegeneinander auszuspielen. Es würde die Möglichkeit ergriffen, einen städtischen Leerstand mit einem guten Konzept aus Sport, Kultur, Bewegung und Quartiersarbeit entgegenzutreten. Lokale Künstler*innen hätten in der Vergangenheit die Jahnhalle genutzt und suchten nach wie vor nach entsprechenden Örtlichkeiten. Auch dürfe die Anzahl der Skater*innen in Lüdenscheid nicht unterschätzt werden. Des Weiteren könnten durch eine Belebung der Jahnhalle die derzeit im Umfeld stattfindenden „illegalen Geschäfte“ verringert werden.

Frau Wortmann weist darauf hin, dass der Fördermittelgeber ein Projekt mit hoher Qualität im Hinblick auf energetische Verbesserung im Rahmen des Klimawandels suchen würde. Darüber hinaus würde ein Projekt mit regionaler oder überregionaler Bedeutung gesucht. Daher könne nicht jede Sporthalle als Projekt eingereicht werden. Die Jahnhalle sei von Bedeutung, da sie ein Kunstwerk darstellen würde.

Ratsherr Fröhling bezieht sich auf die in der Vorlage aufgeführten Gesamtkosten von zwei Millionen Euro brutto und erkundigt sich, ob es eine Übersicht über die einzelnen Kosten geben würde. Des Weiteren bäte er um eine Einschätzung der Verwaltung im Hinblick auf die Baukostensteigerungen. Darüber hinaus erkundigt er sich nach der Einschätzung des Kämmers, ob man diese Kosten im Haushalt abgebildet bekäme, und ob eine Umsetzung des Projekts aus seiner Sicht realistisch sei.

Frau Wortmann teilt mit, dass es sich bei den Gesamtkosten von zwei Millionen Euro nicht um den heutigen Schätzwert handeln würde. Die Schätzung sei anhand eines Bauzeitplanes erstellt worden.

Beigeordneter und Stadtkämmerer Haarhaus antwortet auf die Fragen von Ratsherrn Fröhling, dass bei einem gewünschten Erhalt der Jahnhalle, diese dann möglichst mit Förderung und einem entsprechenden Konzept anstatt nur mit Eigenmitteln saniert werden solle.

Bei dem Förderprogramm handele es sich um ein zweistufiges Verfahren. Bei der ersten Stufe handele es sich um eine Interessenbekundung. Bei der zweiten Stufe würde der Antrag auf Förderung gestellt. Bis zum Zeitpunkt der Antragsstellung sei man sicherlich bei den Haushaltsplanungen weiter. Ein wichtiger Punkt seien auch die Folgekosten. Hier bedürfe es einer Lösung, die den städtischen Haushalt möglichst wenig belasten würde.

In der weiteren Aussprache weist Ratsherr Ferber darauf hin, dass auch ein Abriss der Jahnhalle mit hohen Kosten verbunden wäre. Bei einer Umsetzung des Projektes könne ein positiver Mehrwert für Lüdenscheid geschaffen werden. Mit der Befürwortung der Interessenbekundung könne nichts falsch gemacht werden.

Ratsherr Dudas schließt sich den Ausführungen von Ratsherrn Ferber im Hinblick auf die hohen Abrisskosten an. Darüber hinaus hielte er das Projekt für ein wichtiges Signal für die Jugend in Lüdenscheid.

Ratsherr Holzrichter teilt mit, dass diese Grundsatzdiskussion seiner Ansicht nach zu früh geführt würde. Die Stadt Lüdenscheid solle zunächst an dem Interessenbekundungsverfahren teilnehmen.

Die Entscheidung, ob das Projekt weiterverfolgt werden solle, könne getroffen werden, wenn konkrete Zahlen etc. vorliegen würden.

Ratsfrau Tschöke schließt sich den Ausführungen von Ratsherrn Holzrichter an. Darüber hinaus weist sie darauf hin, dass die Beratung des Konzepts für die Jahnhalle im Jugendhilfeausschuss als zuständigen Fachausschuss inklusive des Arbeitskreises der Jugendeinrichtungen erfolgen müsse.

Ratsherr Schöttler beauftragt die Verwaltung, die Abrisskosten für die Jahnhalle zu ermitteln.

Ratsherr Weiland führt unter anderem aus, dass er den Bedarf für eine Skaterhalle nicht sehen würde.

Ratsherr Fröhling teilt mit, dass man an der Diskussion sehen würde, dass die Beratung im Fachausschuss erfolgen müsse. Er hielte es aufgrund der aktuellen Haushaltssituation und unter diesen Rahmenbedingungen für verkehrt, eine Bewerbung auf den Weg zu bringen, auch wenn es sich zunächst nur um eine Interessenbekundung handeln würde. Auch müssten die jährlichen Folgekosten im Haushalt abgebildet werden. Aus seiner Sicht sei es im Hinblick auf die Jugendarbeit sinnvoller, die Mittel für den Ausbau von Sozialarbeiter- oder Streetworkerstellen einzusetzen. Er bäte die Verwaltung darum - wie auch bereits von Ratsherrn Schöttler angesprochen - die Abrisskosten zu ermitteln und gegebenenfalls über eine Vermarktung des Grundstücks, zum Beispiel für barrierefreies Wohnen, nachzudenken.

Im Anschluss an die weitere Erörterung appelliert Ratsherr Voß an die Ratsmitglieder der CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Die in der heutigen Sitzung entstandenen Fragen, zum Beispiel zu den Folgekosten, könnten bis zur nächsten oder übernächsten Ratssitzung von der Verwaltung nachgereicht werden.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, lässt Bürgermeister Wagemeyer über die Vorlage abstimmen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst bei 14 Gegenstimmen der CDU-Fraktion folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Projektskizze „Jugendkulturtreff Skaterhalle Lüdenscheid“ an dem Interessenbekundungsverfahren im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ teilzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	14

15. Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2023; Städtebauförderung 2024

Der Antrag wurde zurückgezogen.

16. Bewilligung von überplanmäßigen Mitteln Haushaltsjahr 2023

**hier: Rückzahlung Zuwendung investiv
Vorlage: 191/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachfolgenden

Beschluss:

Bei Produktsachkonto 01.08.06 – 5499020/7891020 – Rückzahlung Zuwendung investiv – werden überplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 106.000 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinzahlungen bei Auftragssachkonto E 12010404 – 6811000 – Brügge-West Planung und Bau in Höhe von 24.900 € sowie Einsparungen bei Auftragssachkonto O 12010405 – 7852000 – Wibschla – in Höhe von 81.100 € –.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40

**17. Bewilligung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln Haushaltsjahr 2023
hier: Schulmobiliar Ottfried Preußler Schule
Vorlage: 196/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Bei Auftragssachkonto O 03010104 – 7831000 – Schulmobiliar Ottfried-Preußler Grundschule werden außerplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 51.256,79 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei Auftragssachkonto O 01100704 – 7852000 – Planung GS Lösenbach –.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 40

**18. Umbesetzung von Ausschüssen; hier: Schulausschuss
Vorlage: 198/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag des Fachdienstes Schule und Sport wählt der Rat der Stadt Lüdenscheid

in den Schulausschuss:

Herrn Rafael Lukas Urbasik als stellvertretendes beratendes Mitglied für die Gesamtschulen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

19. Mündlicher Bericht: Sachstand Aufbau und Betrieb des Bildungszentrums "TUMO+lernfab."

Dieser Punkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung genommen.

**20. Bericht zur „Stellplatz-Satzung“ / Stellplatzverordnung NRW
Vorlage: 210/2023**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**21. Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und
Auszahlungen der Haushaltsjahre 2022 und 2023
Vorlage: 192/2023**

Die in dieser Beschlussvorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen der Haushaltsjahre 2022 und 2023 werden zur Kenntnis genommen.

22. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

22.1. Bekanntgaben

22.1.1. Information zur haushaltswirtschaftlichen Lage

Beigeordneter und Stadtkämmerer Haarhaus berichtet, dass es für das Haushaltsjahr 2023 keine gravierenden Änderungen geben würde. Das Defizit würde wahrscheinlich geringer als geplant ausfallen.

Bei der Aussicht auf den Haushalt 2024 gebe es keine gravierenden neuen Erkenntnisse. Es vergehe aber keine Woche ohne neue Hiobsbotschaften.

In der vergangenen Woche seien die neuen Schlüsselzahlen für die Verteilung der Einkommens- und Umsatzsteuer eingegangen. Die vorläufige Berechnung für die kommenden drei Jahre sehe niedrigere Schlüsselzahlen für Lüdenscheid vor.

Der Bericht über die Ausführungen des Haushaltes 2023 (Stand Juni 2023) wurde vor der Sitzung in das Ratsinformationssystem eingestellt.

22.1.2. Verkehrssicherheit Knotenpunkt "Parkstraße/Sachsenstraße"

Bürgermeister Wagemeyer informiert, dass die schriftliche Bekanntgabe zur Verkehrssicherheit Knotenpunkt „Parkstraße/Sachsenstraße“ heute in das Ratsinformationssystem eingestellt wurde.

Im Anschluss teilt Fachbereichsleiter Hammer Einzelheiten zu der schriftlichen Bekanntgabe mit. Er weist unter anderem darauf hin, dass die Stadt Lüdenscheid die Verkehrssicherheit gewährleistet müsste.

22.2. Beantwortung von Anfragen

22.2.1. Beantwortung der schriftlichen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 14.08.2023; Mikroplastiken

Die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

22.2.2. Beantwortung der schriftlichen Anfragen des Rats Herrn Bartsch vom 04.08.2023; Versiegelte Flächen Wilhelmstraße

Die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

22.2.3. Beantwortung der mündlichen Anfrage des Rats Herrn Schöttler in der öffentlichen Sitzung des Rates am 21.08.2023; Verkehrsrechtliche Situation an der Ida-Gerhardi-Schule

Die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

22.2.4. Beantwortung der mündlichen Anfrage des Rats Herrn Schöttler in der öffentlichen Sitzung des Rates am 21.08.2023; Parkende LKW auf der Werdohler Landstraße

Die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 5 beigefügt.

22.2.5. Beantwortung der mündlichen Anfrage des Rats Herrn Ersching in der öffentlichen Sitzung des Rates am 21.08.2023; Unterhaltungskosten für die Parkplätze auf öffentlichen Flächen

Die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 6 beigefügt.

22.2.6. Beantwortung der mündlichen Anfrage des Rats Herrn Ersching in der öffentlichen Sitzung des Rates am 21.08.2023; Spielplatz oberhalb der Tinsberger Grundschule

Die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 7 beigefügt.

22.2.7. Beantwortung der mündlichen Anfrage des Rats Herrn Ersching in der öffentlichen Sitzung des Rates am 21.08.2023; Nutzung des öffentlichen WC am Rathaus mit Euro-WC-Schlüssel

Die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 8 beigefügt.

22.2.8. Beantwortung der mündlichen Anfrage des Rats Herrn Fröhling in der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.09.2023; Abbau von Seifenspendern und Papierhandtuchspendern an den weiterführenden Schulen

Die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 9 beigefügt.

22.2.9. Beantwortung der schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.09.2023; Thema: Grundschule Lösenbach

Die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 10 beigefügt.

22.3. Anfragen

22.3.1. Mündliche Anfrage des Ratsherrn Kahler; Stadtteilkonferenz "Rathmecke/Dickenberg"

Ratsherr Kahler bezieht sich auf die vor eineinhalb Wochen stattgefundenen Stadtteilkonferenz „Rathmecke/Dickenberg“ und teilt mit, dass folgende Frage immer noch offen sei. Bürgermeister Wagemeyer hätte vor circa einem Jahr an einem Treffen der Vereine der Rahmede teilgenommen. Dieses Treffen hätte aufgrund der Brückensperrung/ Sperrung der Altenaer Straße stattgefunden. Viele Vereine, Institutionen etc. hätten bei der Veranstaltung berichtet, dass die Infrastruktur über viele Jahre gelitten habe und der abgehängte Stadtteil besonders von dieser Situation betroffen sei. Der Bürgermeister hätte bei diesem Anlass geäußert, es sei an der Zeit, dem Stadtteil etwas zurück zu geben.

Er frage daher an, was seit dem Treffen passiert sei. Des Weiteren frage er an, was sich der Bürgermeister für den Stadtteil vorstellen würde.

Bürgermeister Wagemeyer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Er halte es allerdings für sehr gewagt, den Stadtteil „Rahmecke/Dickenberg“ immer als „abgehängten“ Stadtteil zu bezeichnen. Darüber hinaus sei es nicht so, dass in den letzten Monaten in dem Stadtteil nichts passiert sei. So habe es zum Beispiel im Vorfeld der Sperrung der Altenaer Straße eine Informationsveranstaltung unter Beteiligung verschiedener Behörde sowie diverse Angebote während der Sperrung, unter anderem das „Mobile Rathaus“, gegeben. Des Weiteren sei eine Stadtteilkonferenz etabliert worden.

22.3.2. Mündliche Anfrage des Ratsherrn Weiland; Ortsdurchfahrt Brüninghausen

Ratsherr Weiland bezieht sich auf die Berichterstattung im vergangenen Frühjahr im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz bezüglich der erforderlichen Fällung von Bäumen für die Ortsdurchfahrt Brüninghausen. Nach letztem Kenntnisstand sollte eine Vereinbarung mit Straßen.NRW getroffen werden.

Er frage an, ob diese Vereinbarung bereits getroffen worden sei und falls ja, wann es zur baulichen Umsetzung der Ortsdurchfahrt Brüninghausen kommen würde.

Fachbereichsleiter Hammer teilt hierzu mit, dass am heutigen Vormittag ein Termin mit Straßen.NRW stattgefunden hätte. An diesem Gespräch hätten neben ihm der Bürgermeister, der Referent des Bürgermeisters sowie die Fachdienstleitungen aus dem Verkehrsbereich teilgenommen. Straßen.NRW hätte in diesem Gespräch mitgeteilt, dass beabsichtigt sei, die baulichen Maßnahmen in Brüninghausen im nächsten Jahr durchzuführen.

Bürgermeister Wagemeyer ergänzt, dass die Ausschreibungen laut Straßen.NRW sehr zeitnah erfolgen solle.

22.3.3. Mündliche Anfrage des Ratsherrn Ersching; Aktionsprogramm "Klimaschutz"

Ratsherr Ersching bezieht sich auf das Aktionsprogramm „Klimaschutz“ sowie auf das

Programm „Global nachhaltige Kommune“. Er frage an, ob die Verwaltung hierzu einen Sachstandsbericht bezüglich des Bearbeitungsstandes der dort aufgeführten Punkte erstellen könne.

Bürgermeister Wagemeyer sagt eine Beantwortung zu.

22.3.4. Mündliche Anfrage des Rats Herrn Ersching; Verleihung des städtischen Lastenrades

Ratsherr Ersching fragt an, ob die Verwaltung das städtische Lastenrad stundenweise an interessierte Bürger*innen ausleihen könnte.

Bürgermeister Wagemeyer sagt Prüfung und Beantwortung zu.

22.3.5. Mündliche Anfrage des Rats Herrn Bartsch; Abschlussbericht der Stadtklimaanalyse

Ratsherr Bartsch fragt an, ob der Abschlussbericht der Stadtklimaanalyse mittlerweile vorliegen würde.

Fachbereichsleiter Müller antwortet, dass der Abschlussbericht vorliegen und momentan von der Verwaltung gesichtet würde. Hierzu würde es auch noch in diesem Jahr eine Inhouse-Veranstaltung geben, damit die Mitarbeitenden die Stadtklimaanalyse – wie auch bereits mehrfach von ihm im Rat und anderen Ausschüssen erwähnt – bei Planungen etc. umsetzen könnten.

gez. Wagemeyer

Vorsitzender

gez. Kerstin Marré

Schriftführerin